

V o r l a g e
für den
öffentlichen Sitzungsteil

Gremium	Datum	Zuständigkeit
Kreisausschuss	11.12.2018	Entscheidung

Tagesordnungs- Punkt	Antrag DIE LINKE/FUW-Piraten vom 07.11.2018: Mögliche Schadensersatzzahlungen wegen LKW-Kartell
-------------------------	--

Vorbemerkungen:

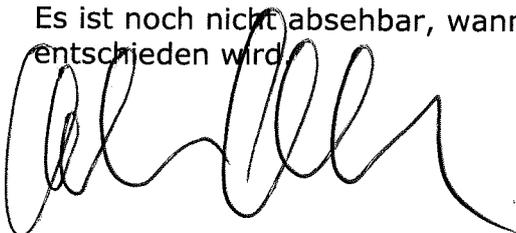
Im sog. „LKW-Kartell“ haben namhafte Hersteller von LKW Preisabsprachen für Nutzfahrzeuge getroffen und dadurch auch die Kommunen und kommunale Unternehmen geschädigt. Im Kreisgebiet sind insbesondere die Müllfahrzeuge der RSAG, aber auch kommunale LKW (z.B. für Bauhöfe) betroffen. Nach Feststellung des LKW-Kartells durch die EU-Kommission laufen derzeit die Vorbereitungen der Geschädigten, von den LKW-Herstellern Schadensersatz zu fordern. Die RSAG hat die Vertretung der Forderungen gebündelt für alle kommunalen Geschädigten des Kreisgebietes übernommen.

Erläuterungen:

Formell ist darauf hinzuweisen, dass der Kreistag nicht (mehr) zuständig ist, da beabsichtigt ist, ab 01.01.2019 die Festsetzung der Abfallgebühren auf die RSAG AÖR zu übertragen. Dort entscheidet der Verwaltungsrat der AÖR über die Gebührensatzung.

Inhaltlich könnte sich der Antrag im Übrigen deshalb erledigen, weil bei der Kalkulation der Abfallgebühren durch die RSAG mögliche Einnahmen durch Schadensersatz selbstverständlich einbezogen werden.

Es ist noch nicht absehbar, wann über mögliche Schadensersatzzahlungen gerichtlich entschieden wird.



(Landrat)

Anhang:

Antrag LINKE/FUW-Piraten vom 07.11.2018